



## „Pflaster aufkleben reicht nicht“

**Beim Bernauer PolitBrunch forderten Politik, Medizin, Pflege und Betroffene gemeinsam eine grundlegende Reform des Pflege- und Gesundheitssystems - doch die Hürden sind vielfältig.**

*Bernau, Dienstag, 06. Juli 2021* Beim ersten Bernauer PolitBrunch zum Thema „Ganz gepflegt – Was braucht unser Gesundheitssystem?“ am Sonntag, den 04. Juli 2021 im Neuen Rathaus Bernau wurde die Forderung nach einer grundlegenden Neuaufstellung des Gesundheitssystems laut.

In einer angeregten und respektvollen Diskussion beleuchteten die Teilnehmenden auf dem Podium, im Publikum und im Livestream die vielfältigen Anforderungen an eine faire und nachhaltige Reform.

Eindringlich appellierte Prof. Dr. Annette Grüters-Kieslich von der Charité auf dem Podium, dass wir Utopien in Fakten umsetzen müssten – und das innerhalb der nächsten fünf Jahre: „Wir haben keine Zeit zu verlieren. Der Pflegemangel wird sich verschlimmern, das ist ein Fakt. Wir lassen Pflegekräfte in unserem System zurück.“

Ursula Nonnemacher (Ministerin für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg) wies auf die Komplexität und Vielschichtigkeit der Aufgabe hin: „Wir brauchen einen Strauß an Maßnahmen. Vieles kann nur auf Bundesebene entschieden werden – das muss Aufgabe der nächsten Bundesregierung sein!“ Leider sei das Thema zu komplex, um im Fokus der Wahlentscheidung zu stehen.

Wilfried Wesemann, Vorstand beim Deutschen Evangelischen Verband für Altenarbeit und Pflege e.V., forderte Reformen statt „Reförmchen“. Für die Umsetzung wünschte er sich einen runden Tisch mit Beratung aus vielen Bereichen, ganzheitliche Versorgung und Raum für kreative Lösungen.

Nach einem bewegenden Einstieg in die Diskussion mit einem Video der Kampagne „[Pflegestufe ROT](#)“ ging es zunächst um die Erschöpfung und mangelnde Wertschätzung für medizinisches Personal und Pflegekräfte, aber auch Pflegenden im Privaten, Eltern von pflegebedürftigen Kindern und ehrenamtliche im Gesundheitsbereich.

„Wir müssen als Gesellschaft die Verantwortung dafür übernehmen, dass Pflegekräfte an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit getrieben werden“ wies Prof. Grüters-Kieslich auf den dringenden Handlungsbedarf hin. Ministerin Nonnemacher ergänzte: „Pflege ist weiblich. Diese Berufe haben ein eingebautes Verarmungsrisiko, insbesondere für Frauen.“ Sie forderte Anpassungen in der Eingruppierung, bessere Bezahlung, Flächentarifverträge und die Berücksichtigung der Mehrfachbelastung durch die unbezahlte häusliche Care-Arbeit.

Sabine Preußner, Geschäftsführerin der GGAB in Bernau berichtete aus dem Publikum, dass der Pflegeschlüssel in Brandenburg so schlecht sei, dass Pflegekräfte nicht zuverlässig frei haben. „Das ist nicht wertschätzend. Wir brauchen eine verlässliche Auszeit für alle Kolleginnen und Kollegen.“ Die mangelnde Bezahlung bedeute auch, dass Menschen, die ihr Leben lang in Pflegeberufen gearbeitet haben, im Alter selbst in die Grundsicherung abrutschen.

Bürgermeister André Stahl (DIE LINKE) ermahnte aus dem Publikum, dass das „Balkonklatschen“ nicht verunglimpft werden sollte. Es war als aufrichtiges Zeichen der Wertschätzung gedacht und sollte faire Arbeitsbedingungen nie ersetzen.

Martin Wulff, Geschäftsführer der Hoffnungstaler Stiftung Lobetal, ergänzte, dass es „sehr viele überaus engagierte, tatkräftige Menschen“ gebe, „die für ihre Arbeit brennen und ihre Patienten und Patientinnen lieben und umsorgen. Diese müssen Gehör finden!“

„Die Pflege sitzt am Katzentisch! Wichtige Entscheidungen werden oft ohne sie getroffen“ gab auch Ministerin Nonnemacher zu bedenken. Eine Zuschauerin beschrieb, wie Personal ohne medizinische Ausbildung auch im Alltag immer wieder übergangen wird, obwohl sie die Patient:innen oft am besten kennen.

Wesemann forderte ein Konzept der Zukunft für die häusliche Pflege, deren Zustand „erschütternd“ sei. Es brauche faire finanzielle Entlohnung für pflegende Angehörige durch ein Pflegegeld 2.0 mit verbindlichen Regelungen sowie ein Zusammenspiel zwischen professionell Pflegenden und Angehörigen. Auch die Pflegeversicherung müsse zwingend reformiert werden.

Ministerin Nonnemacher erklärte, dass ambulante Pflegestellen Teil der Lösung sein müssen, um dem Fachkräftemangel und der alternden Gesellschaft etwas entgegenzusetzen zu können. Die strikte Trennung zwischen ambulanter und stationärer Pflege gehöre aufgehoben. Sie warb an dieser Stelle für ihren „Pakt für Pflege“ sowie die Fachstelle Altern und Pflege im Quartier im Land Brandenburg (FAPIQ), die Pflege zuhause stärken und verbessern soll.

Auch die Arbeitsmarktzuwanderung müsse bedacht werden. Prof. Grüters-Kieslich wies darauf hin, dass dort auch die Kommunen gefragt sind. Sie müssten Wohnraum für Pflegekräfte schaffen und eine bezahlbare, attraktive Lebensumwelt sicherstellen. Auch eine Willkommenskultur sei unablässig, ergänzte die Ministerin.

Die Einbindung der Kommunen sei auch für die Sicherstellung einer pflegerischen Infrastruktur unablässig, kommentierte Wesemann. Die Kommunen müssten dabei finanziell unterstützt werden.

Die Finanzierungsfrage kam dabei immer wieder auf. „Wir haben eines der besten Gesundheitssysteme der Welt, das versucht, solidarisch, sozial gerecht und wirtschaftlich tragfähig zu sein. Aber an dieser Schnittstelle hapert es.“ beklagte Prof. Grüters-Kieslich. Das Kostenmodell müsse überdacht werden. „Extremkostenfälle auf Intensivstationen, Pflege und Pädiatrie können nicht sinnvoll über Pauschalen abgerechnet werden. Wir brauchen ein besseres System – das ist eine riesige Aufgabe, aber wir müssen uns dieser stellen.“ Auch die Unter-, Über- und Fehlversorgung von Patient:innen sei Teil des Problems – und Mediziner:innen seien daran beteiligt.

Ministerin Nonnemacher erwartet, dass sehr viel mehr Geld aus Steuermitteln in die Pflegeversicherung investiert werden müsse. Dies sei aber angesichts der aktuellen Verschuldung eine große Herausforderung. Sie fordert auch die Einführung der Bürgerversicherung, um die Einkommensbasis zu verbreitern. Dies werde schon seit Jahrzehnten diskutiert. „Wir laufen sehenden Auges in steigende Beiträge, wenn wir nicht handeln“ warnte Wesemann.

Auf die Publikumsfrage von Matthias Holz (DIE LINKE), ob das Gesundheitssystem verstaatlicht werden sollte, entgegnete die Ministerin, dass es starke staatliche Vorgaben brauche, aber dass sie die Trägervielfalt als einen Gewinn empfinde. Die Kommerzialisierung des Gesundheitssystems sei in einigen Bereichen sicherlich zu hinterfragen.

Gesundheit umfasst aber nicht nur die medizinische Betreuung. Auch soziale Teilhabe, alltagsunterstützende Angebote und ein vielfältiger Sozialraum seien wichtig. Hier ist auch das Ehrenamt gefordert, merkt Ministerin Nonnemacher an: „Es braucht ein ganzes Dorf.“

Lösungen müssen auch aus Sicht der Patient:innen gedacht werden, schließt Prof. Grüters-Kieslich ab. Es müssten neue Systeme der Versorgung erprobt werden. Eine grundlegende, integrierte und vernetzte Neuaufstellung des Gesundheitssystems wäre die Chance, wieder Vorbild in der Gesundheitsversorgung zu werden: „Pflaster aufkleben reicht nicht!“

Auch für Ministerin Nonnemacher braucht es neue Lösungen: „Es gibt schon viele innovative Ideen im Bereich Telemedizin oder mobile Medizingeräte. Wir müssen auf Innovation setzen!“

„Die Pflegereform muss ganzheitlich gedacht werden!“ mahnte Wesemann abschließend an.

Aus dem Publikum gab es auch im Vorfeld Kritik, dass einige Stimmen auf dem Podium fehlten und insbesondere die Realität von Betroffenen nicht wiedergegeben wurde.

Die BARMER Landesgeschäftsführerin Berlin/Brandenburg, Gabriela Leyh, musste ihre Podiumsteilnahme aus persönlichen Gründen leider absagen.

**Der nächste PolitBrunch findet am Sonntag, den 15. August 2021, 11-13 Uhr im Neuen Rathaus Bernau statt. Dann werden sich Kandidierende des Wahlkreis 59 Fragen zu den Wahlprogrammen stellen.**

**Weitere Informationen und Anmeldung unter [www.ehrenamt-barnim.de](http://www.ehrenamt-barnim.de)**

Die Aufzeichnung des Livestream finden Sie hier:

[www.facebook.com/ehrenamt.ahrensfelde/live\\_videos](https://www.facebook.com/ehrenamt.ahrensfelde/live_videos)

Foto: Agentur Ehrenamt Bernau

## **Kontakt**

Agentur Ehrenamt Bernau  
Brauwerstr. 9  
16321 Bernau bei Berlin

Telefon: 03338 / 36 03 137

E-Mail: [info@ehrenamt-barnim.de](mailto:info@ehrenamt-barnim.de)